



Aktuelle Analysen

Nr. 7/1999

8. März 1999

Die russische Parteienlandschaft vor den Parlamentswahlen (II)

Zusammenfassung

Die gegenwärtige Parteiszene Rußlands ist gekennzeichnet durch das Vordringen der oppositionellen Kräfte – in erster Linie der KPRF – sowie durch die Uneinigkeit der Kräfte des demokratischen Lagers, die zwei neue Gruppierungen zu bilden versuchen: ein rechtes und ein linkes Zentrum. Die Bevölkerung, die zum größten Teil von den Reformergebnissen enttäuscht ist und unter der Verschärfung der Wirtschaftskrise leidet, ist nicht bereit, aktiv am politischen Leben teilzunehmen, wie die geringe Wahlbeteiligung bei den letzten Regionalwahlen zeigte. Im Zentrum des Wahlkampfes, dessen Ausgang noch kaum vorhersagbar ist, stehen Fragen der Einheit Rußlands, die Korrektur des bisherigen wirtschaftlichen Kurses, soziale Erleichterungen für die Bevölkerung, Steuer- und Rechtsreformen bis hin zu einer Verfassungsänderung sowie die weitere Dezentralisierung und Entwicklung des Föderalismus in Rußland.

1. Die Parteien Rußlands vor den Parlamentswahlen

1.1 Die oppositionellen Kräfte

Nur die KPRF mit einem Bestand von 0,5 Mio. Mitgliedern und einer breiten Organisationsstruktur in allen Regionen Rußlands weist wichtige Merkmale als politische Partei auf. Am 21. November 1998 fand in Moskau der Zweite Kongreß der Volkspatriotischen Union Rußlands statt. In dieser Union hat die KPRF entscheidenden Einfluß. Außer der KPRF sind folgende Kräfte in der Union vertreten: die Agrarpartei Rußlands, die Organisation "Duchovnoe nasledie", Frauenorganisationen, Veteranenorganisationen, Jugendorganisationen und andere den Kommunisten nahestehende Organisationen und Gruppierungen. Vertreter dieser Parteien und Gruppierungen kamen aus allen Regionen nach Moskau. Der Kongreß nahm einige Programmdokumente an, aber vermutlich werden sie das Programm der KPRF nicht wesentlich verändern. Die Kommunisten treten für alle Eigentumsformen in der Wirtschaft ein. Als Entwicklungsmuster für Rußland sehen Zjuganov und die KPRF die Volksrepublik China an. Als Führer der Volkspatriotischen Union wurde Zjuganov einstimmig gewählt. Ziel der KPRF und der Volkspatriotischen Union ist es, die Stimmenmehrheit bei der nächsten Dumawahl zu bekommen. Durch einen geschickten Wahlkampf könnten sie ihr Ziel erreichen.

Anläßlich des 75. Todestages Lenins erklärte Zjuganov, daß die KPRF "heute die modernste und einflußreichste Partei im Land ist" und daß der Tag nicht weit sei, an dem "wir in diesem Jahr die

Mehrheit in der Duma erreichen werden".¹ Zwei Tage später sagte Zjuganov jedoch im Plenum der KPRF, daß bei realistischer Betrachtung die Kommunisten und ihre Verbündeten gegenwärtig nur ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen. Obwohl es Zjuganov unrealistisch zu sein scheint, 66% der Stimmen zu erreichen, kündigte er an, daß die KPRF danach streben werde, alle potentiellen Verbündeten – von den Radikalen bis zu den Zentristen und Nationalpatrioten – um sich zu scharen. Bei einer Stimmenmehrheit im Parlament von zwei Dritteln wäre die KPRF in der Lage, die Verfassung zu ändern mit dem Ziel, eine parlamentarische Republik zu errichten.²

Wie alle großen Parteien hat die KPRF interne Strömungen und Gruppierungen. Unter Teilnahme des berüchtigten Generals Makašov wurde vor kurzem eine leninistisch-stalinistische Gruppierung gebildet. Makašov hielt eine antisemitische Rede und wurde von der Parteiführung dafür weder verurteilt noch von der Partei ausgeschlossen. Es ist offensichtlich, was sich hinter diesem propagandistischen Manöver einiger KPRF-Repräsentanten wie General Makašov verbirgt. Diese Leute wollen in der Vorwahlpropaganda die rassistische Karte spielen in der Hoffnung, die Stimmen der enttäuschten Russen zu gewinnen. Ihrer Meinung nach sollen die verarmten Schichten die KPRF und ihre Verbündeten unterstützen gegen die sich bereichernden "russkojazyčnye bankiry" (Zjuganov) und die von ihnen finanzierten demokratischen Gruppierungen in der Staatsduma und bei den Präsidentschaftswahlen. Die KPRF selbst wird von der Privatbank "Agropromstrojbank" finanziert.³

Die andere Antireformpartei ist die LDPR mit Žirinovskij an der Spitze, die bei den ersten Dumawahlen 1993 die Mehrheit der Stimmen nach den Parteilisten (22,9%) erreichte. Sie hat jetzt an Einfluß verloren. Die Äußerung von Žirinovskij, daß jede Woche 10.000 junge Leute in die LDPR eintreten⁴, widerspricht der Realität. Tatsache ist, daß die LDPR an Popularität verloren hat und in Gefahr ist, ihre Wählerschaft zu verlieren. Möglicherweise werden viele Stimmen dieses Elektorats an die außerparlamentarischen rechten Nationalisten ("Russische Nationale Einheit" u.a.) und teilweise auch an die KPRF fallen.

1.2 Die Situation im Lager der Reformkräfte: Uneinigkeit der Demokraten

Alle politischen Kräfte des Reformlagers verurteilten die rassistischen Äußerungen Makašovs und erklärten in den Massenmedien, wie gefährlich es sei, mit derartigen Losungen im multinationalen Rußland aufzutreten. Aber nur darin waren sich diese Kräfte einig. Mit dem Näherrücken des Wahltermins wird deutlich, daß die Kräfte der demokratisch und proreformerisch orientierten Parteien und Bewegungen unterschiedliche Positionen vertreten.

Die Bewegung "Unser Haus Rußland" (NDR) mit Exministerpräsident Černomyrdin an der Spitze verliert an Bedeutung. Um die Lage zu retten, ersetzte Černomyrdin den Fraktionsführer Šochin durch Ryžkov⁵, aber es ist zweifelhaft, ob die NDR ihren früheren Einfluß bewahren kann. Besonders spürbar ist dieser Trend in den russischen Regionen, wo die Gouverneure – ehemalige NDR-Mitglieder – jetzt andere Möglichkeiten der politischen Repräsentanz suchen und diese eher in der Richtung des Moskauer Bürgermeisters Lužkov sehen als in der Richtung ihres ehemaligen Gönners Černomyrdin.⁶ Černomyrdin mußte feststellen, daß die ehemalige "Partei der Macht", d.h. vor allem "Unser Haus Rußland", ohne große Bedeutung ist. Deshalb sucht er nach anderen Möglichkeiten für seine wenigen politischen Alliierten. Vermutlich werden sich die Überbleibsel der "Machtpartei" der Lužkov-Gruppierung anschließen.

¹ S. Mulin, Tri četverti veka bez Lenina, Nezavisimaja gazeta, 22.1.1999.

² ORT, Fernsehsendung "Vremja" vom 23.1.1999.

³ T. Koškarëva, R. Narzikulov, Kto finansiruet KPRF?, Nezavisimaja gazeta, 5.12.1998, S. 1, 3.

⁴ So Žirinovskij in einem Interview in der Fernsehsendung "Kul'tura" am 20.11.1998.

⁵ Segodnja 20.1.1999.

⁶ Monitoring "Političeskaja situacija v regionach Rossii. Oktjabr' 1998". Moskva: Rossijskij Obščestvenno-Političeskij Centr, 1998, S. 13-18.

Die von General Lebed' gegründete Bewegung "Ehre und Heimat" ("Čest' i rodina") besitzt im Vergleich zur Dynamik der Lužkov-Gruppierung oder zur erweiterten Partei "Union der Volksmacht und der Arbeit" ("Sojuz narodovlastija i truda"), die von einem anderen General, Nikolaev, geführt wird, keine große Anziehungskraft.

Die demokratischen Kräfte unternahmen erstmals in Petersburg nach der Ermordung Galina Starovojtovas⁷, einer Repräsentantin des demokratischen Lagers, und dann am 27. November in Moskau den Versuch, eine gemeinsame Plattform vor den Wahlen zu erarbeiten. In Moskau war auch Sysuev beteiligt, prominenter Vertreter der Präsidialadministration, obwohl – wie die Massenmedien mitteilten – hochrangigen Beamten die Teilnahme an solchen Veranstaltungen verboten ist. Führungsanwärter dieser Gruppierung "Rechtes Zentrum" sind außer Sysuev Gajdar, Čubajs, Nemcov, Ajazkov und Kirienko. Unter der Progammerklärung stehen die Unterschriften von Chakamada ("Obščee delo"), Jakovlev ("Partija Social'noj Demokratii") und Ponomarev (Bewegung "Demokratičeskaja Rossija"). Ein Sonderkomitee soll alle Vorschläge zur Verfassungsänderung erwägen. Am 10. Dezember 1998 fand im "Präsident-Hotel" in Moskau eine Versammlung dieser demokratischen Parteien und Politiker des "Rechten Zentrums" statt, um eine gemeinsame Plattform gegen Kommunisten, Nationalisten und Faschisten in den Parlamentswahlen zu finden. "Ihr fragiler Zusammenschluß ist gekennzeichnet vom Pathos der Abwehr gegen eine rot-braune Revanche und der Rettung der russischen Demokratie."⁸ Allerdings glauben viele Wähler, daß gerade Reformer wie Gajdar, Čubajs, Nemcov u.a. für die wirtschaftlich-soziale Misere verantwortlich sind.

Die anderen Demokraten mit Moskaus Oberbürgermeister Lužkov an der Spitze gründeten Anfang Dezember 1998 ein linkszentristisches Bündnis, dessen Ziel es ist, (sozial)demokratische Ideen zu entwickeln und die Privatisierungsmethoden zu korrigieren. Daher ist es kaum möglich, ein strategisches Bündnis zwischen Lužkov und der Gajdar-Čubajs-Gruppe, in der Čubajs den Vorsitz anstrebt, zu bilden.

Der Gründungskongreß der Vereinigung "Vaterland" mit Lužkov an der Spitze fand am 19. Dezember 1998 in Moskau statt, im gleichen Säulensaal, in dem am 21. November 1998 der Kongreß der Volkspatriotischen Union Rußlands tagte. Auch hier nahmen Vertreter aller russischer Regionen teil. Lužkov setzte sich für einen starken Staat ein, erteilte aber diktatorischen Formen eine Absage. Im Gegensatz zu Zjuganov, der für eine parlamentarische Republik eintritt, befürwortet Lužkov eine präsidentielle Republik, wie er im Januar 1999 nochmals bestätigte.⁹

Fraglich ist, ob der Versuch, die heterogenen politischen Kräfte, angefangen von dem früheren prokommunistischen "Bündnis der Arbeit" ("Sojuz truda") bis zu General Nikolaevs "Union der Volksmacht und der Arbeit" (der Parteiführer der "Selbstverwaltung der Werktätigen", Fëdorov, und General Nikolaev erklärten ihre Absicht, eine einzige linkszentristische Partei zu gründen¹⁰), unter der Leitung Lužkovs zu vereinigen, erfolgreich sein wird. Es ist noch nicht erkennbar, ob die "Machtpartei" (NDR) ihre Kräfte um Lužkov und seine linkszentristische Gruppierung konsolidieren kann.

Javlinskij Bewegung "Jabloko" distanziert sich von beiden – rechtszentristischen und linkszentristischen – Gruppierungen in der Hoffnung, ihr Elektorat zu vergrößern, das jedoch auf maximal 7-10% geschätzt wird. Javlinskij erklärte eindeutig, daß sich "Jabloko" auch weiterhin von den anderen demokratischen Gruppierungen distanzieren und selbständig in den Wahlkampf gehen werde. In der Erwartung, ihre politische Position und ihren Einfluß zu festigen, strebt die Führungsspitze eine Partei mit ständiger Mitgliedschaft an.

In der letzten Zeit fanden einige Regionalwahlen statt. In der Region Krasnodar, die zum sogenannten "Roten Gürtel" gehört, haben die Kommunisten – wie erwartet – die Stimmenmehrheit

⁷ Siehe dazu z.B. J.R. Mettke, Vor einer Ära des Terrors?, Der Spiegel, 49, 1998, S. 196-200.

⁸ "Demokraten in Rußland schließen sich zusammen", FAZ, 11.12.1998.

⁹ ORT, Fernsehsendung "Vremja" vom 23.1.1999.

¹⁰ S. Fëdorov i A. Nikolaev sozdajut obščuju partiju, Segodnja, 16.1.1999.

erreicht. Zu einem schmutzigen Wahlkampf kam es im November/Dezember 1998 in Petersburg. Einige kriminelle Strukturen stellten ihre Kandidaten vor, und man erwartete, daß eine Fraktion der "Banditen von St. Petersburg" in die Petersburger Stadtduma einziehen würde. Aber glücklicherweise gewannen schon im ersten Durchgang am 6. Dezember 1998 33 Kandidaten aus reformorientierten Parteien. Davon erreichten 24 Kandidaten der "Jabloko"-Bewegung den zweiten Durchgang am 20. Dezember. Auch die Ermordung der Duma-Abgeordneten Starovojtova, die sich für die Einheit der Demokraten einsetzte, beeinflusste das Wahlergebnis. Anfang Januar 1999 ging jedoch die Petersburger "Jabloko"-Bewegung in Opposition zu Gouverneur Jakovlev, der während der Wahl offen gegen den "Jabloko"-Kandidaten auftrat und Kandidaten mit zweifelhaftem Ruf – Nationalpatrioten und Antisemiten – unterstützte.¹¹

In der bevorstehenden Wahlkampagne wird das Finanzierungsproblem eine große Rolle spielen. Wo lassen sich Wahlkampfmittel auftreiben? Zu denken wäre an bekannte Oligarchen, die 1996 Jelzins Wahlkampf finanzierten. Sie sind sicher bereit, die demokratischen Gruppierungen zu unterstützen. Doch sieht das Gesetz nur eine geringe Summe für die Wahlkampffinanzierung vor. In diesem Wahlkampf ist mit vielen Überraschungen zu rechnen, die nicht nur mit Finanzskandalen verbunden sein werden, sondern auch mit einem sogenannten "Kompromat" (kompromittierendes Material über politische Gegner).

2. Die Rolle der Medien und die Einstellung der Bevölkerung zu den politischen Kräften

Die wichtigste Rolle innerhalb der Massenmedien spielt heute das Fernsehen. Alle großen nationalen Sender werden hauptsächlich von Privatpersonen finanziert. Obwohl der Staat sich ein großes Aktienpaket sicherte, kann er die politische Richtung der Fernsehsender nicht mehr uneingeschränkt bestimmen. Die am weitesten verbreiteten und einflußreichsten Sender auf nationaler Ebene sind der Erste und Zweite Kanal, die in ganz Rußland empfangen werden können, und der Vierte Kanal, der von der Gesellschaft "Nezavisimoe Televidenie" (NTV) ausgestrahlt wird. Diese Gesellschaft wird vom Moskauer Bankier Gusinskij finanziert, der der MOST-Bank vorsteht. Ihm gehören auch die Zeitung "Segodnja" und die Zeitschrift "Itogi". Der bekannte russische Oligarch Berezovskij ist Hauptprivataktionär des Ersten Fernsehkanals ORT und kontrolliert die bei Intellektuellen beliebte Zeitung "Nezavisimaja gazeta". Die Gruppierung um Potanin kaufte die "Komsomol'skaja pravda". Diese Liste ließe sich beliebig weiterführen.

Weil sich das wichtigste Informationsmedium Fernsehen in den Händen der Demokraten befindet, ist die politische Richtung der übermittelten Informationen proreformerisch und demokratisch. Dagegen behielt sich die Opposition, vor allem die Kommunisten, einige Zeitungen vor ("Pravda", "Sovetskaja Rossija", "Sel'skaja žizn"), um die reformerischen Kräfte, besonders Präsident Jelzin, zu kritisieren. Die Mehrzahl der Radiosender wird ebenfalls von den Demokraten bestimmt; die Kommunisten verfügen nur über den Radiosender "Narodnoe Radio".

Die Beziehungen der Bevölkerung zu den Politikern und zu den von ihnen vertretenen politischen Richtungen sind wechselhaft. Zum Beispiel wurden während der schweren politischen Krise Ende August 1998 in Moskau auf die Frage "Welcher Politiker eignet sich am besten als Premierminister?" folgende Antworten gegeben:¹²

Tabelle 1

Lužkov	23%	Nemcov	2%
Javlinskij	16%	Ryžkov	2%
Kirienko	8%	Masljukov	1%

¹¹ B. Višnevskij, Razvod "Jabloka" s gubernatorom, Nezavisimaja gazeta, 19.1.1999.

¹² Blitzumfrage von 936 Moskauern Ende August 1998, INION RAN, 9, 1998, S. 16.

Lebed'	6%	Dubinin	1%
Černomyrdin	6%	Čubajs	1%

Weiterhin präsentiert die populäre Fernsehsendung "Itogi" der NTV jeden Sonntagabend soziologische Umfragen. Auf die Frage "Wer wird der zukünftige Präsident Rußlands?" votierten 20% für Zjuganov, 12% für Primakov, Lužkov und Lebed' sowie 8% für Javlinskij.

3. Wichtige Wahlkampfthemen

In den Programmen der Politiker, russischen Parteien und Bewegungen stehen pragmatische Überlegungen an erster Stelle. So unterstrich der parteilose Regierungschef Primakov in seiner Antrittsrede vor der Duma die Gefahr eines Auseinanderfallens Rußlands. Vor dieser Gefahr warnen heute alle politischen Kräfte.

Ein weiteres Wahlkampfthema ist die Korrektur des wirtschaftlichen Reformkurses, da die bisherige Wirtschaftspolitik Rußland offensichtlich in eine Sackgasse geführt hat.¹³ Im Vordergrund steht die Frage, wie in der nächsten Zeit wirtschaftliches Wachstum zu erreichen ist. Hier unterscheiden sich die Positionen und Programme der politischen Kräfte in Abhängigkeit von der von ihnen vertretenen Ideologie und ihrem politischen Kurs erheblich voneinander. Aber sowohl die Reformkräfte als auch die Antireformkräfte sind sich darin einig, daß Rußland eine wirtschaftliche Umgestaltung braucht. Der Ruf nach einer Revision der in den letzten Jahren durchgeführten Privatisierungsmaßnahmen, die nicht das angestrebte Wirtschaftswachstum zur Folge hatten, wird immer lauter. Ebenso bewirkte die Privatisierung nicht die Konkurrenzfähigkeit russischer Waren und keine Änderung der Exportstruktur (hauptsächliche Ausfuhr von Rohstoffen wie Erdöl und Gas).

Große Bedeutung kommt der sozialen Komponente der Reformen zu, da nach Meinung vieler Menschen der soziale Preis für die Umstellung auf die Marktwirtschaft viel zu hoch sei. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung profitierte von den Reformen, die Mehrheit findet sich auf der Seite der Verlierer wieder. Der Versuch, eine Mittelschicht zu schaffen, die die Reformen unterstützen sollte, blieb fast erfolglos.

Die nicht gezahlten Renten und Löhne, worunter vor allem die sozial schwachen Schichten leiden, führten zu einer katastrophalen Situation. Der neue Premierminister Primakov versprach, ab Oktober 1998 mit der regelmäßigen Auszahlung der Löhne und Gehälter für Armeeangehörige und Staatsbedienstete zu beginnen. Woher er diese Gelder nehmen will, ist wohl nur ihm selbst bekannt. Die Emission neuen Geldes wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Inflation von 300% führen, und der tatsächliche Wert der ausgezahlten Gehälter wird sich auf ein Minimum von 25-30% reduzieren. Die Schließung unrentabler Unternehmen, wie z.B. im Bergbau, kann zu einer Arbeitslosenzahl von 25 Mio. führen. Die Lage im sozialen Bereich (Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft und Kultur) ist katastrophal. In einer ähnlich prekären Situation befinden sich auch die Ordnungskräfte, wie z.B. die russische Armee und die Polizei. Die soziale Unzufriedenheit kann zu Ausbrüchen führen, die auf das ganze Land übergreifen können.

Alle politischen Kräfte wollen die Begleiterscheinungen der Reformen erleichtern und die Bedingungen für die Menschen erträglicher gestalten. Hierzu soll auch eine neue Steuergesetzgebung dienen, aber leider hat dieses Gesetzesvorhaben die Duma noch nicht passiert. Keine Seite hat derzeit ein wirksames Rezept, um einen Ausweg aus dieser unerträglichen Lage zu finden.

Die Mehrzahl der politischen Kräfte befürwortet auch eine Reformierung der Rechtssphäre. Viele treten in der letzten Zeit für eine Änderung der Verfassung aus dem Jahre 1993 ein, die dem Präsidenten fast unbegrenzte Macht einräumt, was nicht zuletzt zu der jetzigen schwierigen Situation führte.

¹³ Siehe z.B. V. Kuvaldin, Moral' semiletki radikal'nych reform. Lučše demontirovat' vsë, čto nareformirovali, Nezavisimaja gazeta, NG-Scenarii, 8, 1998, S. 10.

In der Auseinandersetzung um Vorstellungen, die auf Rußland übertragbar sind, erinnern sich die Nationalpatrioten der spezifisch russischen Entwicklung, während die prowestlichen Kräfte die Meinung vertreten, die Merkmale und Gesetze der Demokratie seien überall gleich. Einige politische Kräfte rufen zu einer Änderung des Wahlgesetzes auf, weil sich jeder davon einen Vorteil für sich und einen Verlust für den Gegner erhofft.

Die Regierung hat die weitere Dezentralisierung und Föderalisierung Rußlands verstärkt in Angriff zu nehmen. Andernfalls könnte sich die Gefahr einer Auflösung Rußlands erhöhen. Jedoch gibt es im Land keinen Konsens über die Fortsetzung der Dezentralisierung.

Die wichtigsten Aufgaben sind daher die Weiterführung der Wirtschaftsreformen in Rußland und die Korrektur des bisherigen wirtschaftspolitischen Kurses. Die heutige Regierung will den staatlichen Einfluß auf den Wirtschafts- und Finanzsektor stärken, wobei der Entwicklung der inländischen Produktion Priorität zukommt. Die wenigen Gewinner der Privatisierung sind bemüht, Versuche zur Revision der Privatisierungsergebnisse zu behindern. Die Mehrheit der Bevölkerung, die durch die Reformen viel verloren hat, wird nur diejenigen Parteien unterstützen, die in der Lage sind, tatsächliche Verbesserungen zu erreichen. Wenn es nicht gelingt, den Menschen zumindest einige Erleichterungen zu verschaffen, wird die politische und soziale Stabilität weiterhin bedroht bleiben. In diesem Fall erwarten Rußland neue Zerreißproben mit kaum vorhersagbarem Ausgang.

Valerij P. Ljubin

Der Verfasser ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften der Rußländischen Akademie der Wissenschaften (INION), Moskau.

Redaktion: Christel Dittmann/Brigitta Godel/Eberhard Schneider

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071